

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/122

2. Juli 1974

Sicherer Blick in die Zukunft

Sozialer Fortschritt durch Politik der Solidität

Von Heribert Raitz MdL
Finanzminister des Landes Hessen

Seite 1 bis 4 / 176 Zeilen

Noch immer Angst vor Reformen

Anmerkungen zum 77. Deutschen Ärztetag in Berlin

Von Detlef Dietz
Referent des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft
sozialdemokratischer Ärzte

Seite 5 / 41 Zeilen

Mehr Chancen für Zeitsoldaten

Unteroffizierlaufbahnen sollen attraktiver werden

Seite 6 / 38 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

KAB 100-112 Telefon: 37 65 11

Sicherer Blick in die Zukunft

Sozialer Fortschritt durch Politik der Solidität

Von Heribert Reitz MdL

Finanzminister des Landes Hessen

In wenigen Monaten geht die derzeitige Legislaturperiode des hessischen Landtags zu Ende. Wir Sozialdemokraten treten gut gerüstet in die kommenden Wahlkampfauseinandersetzungen. Waren wir es doch, die durch die vielfältigsten Initiativen bewirkt haben, daß Hessen zu dem fortschrittlichsten Land der Bundesrepublik wurde. In allen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens läßt sich dies nachweisen.

Bildungspolitik: Um die Chancengleichheit aller Bürger sicherzustellen, hat für uns die Bildungspolitik Vorrang. Wie stark dieser Vorrang ist, läßt sich allein aus den Zahlen des Landesetats ablesen: Jede dritte DM des hessischen Haushalts wird für Bildungspolitik ausgegeben. 1961 waren es 728 Millionen DM, 1971 schon 2,5 Milliarden DM. In diesem Jahr werden es insgesamt 3,2 Milliarden DM sein, die der Bildung unseres Nachwuchses zugute kommen. Mit diesen Mitteln wurden mehr Klassenräume geschaffen, mehr Lehrer eingestellt, mehr Studienplätze eingerichtet und zugleich die Lehrinhalte der modernen Zeit angepaßt. Besonderer Wert wurde in dieser Legislaturperiode auf die Verbesserung der beruflichen Schulbildung gelegt. Mit einem Sonderprogramm von 30 Millionen DM wurde die Ausstattung der bestehenden beruflichen Schulen verbessert. In beruflichen Schulen stieg die Zahl der Lehrer von 1970 bis heute, also in dieser Legislaturperiode, von 3.300 auf 4.700. Damit hat Hessen bewiesen, daß die berufliche Schulbildung kein Stiefkind ist.

Wirtschaft: Bekanntlich zeichnet sich Hessens Wirtschaft durch eine sehr hohe Leistung aus. Mit 15.696 DM je Einwohner wurde im vergangenen

Jahr in Hessen mehr erwirtschaftet als in allen anderen Flächenstaaten der Bundesrepublik. Dies ist das Ergebnis harter Arbeit aller Bürger und einer sinnvollen Landesplanung der verantwortlichen Politiker. Der Voreprung wurde gehalten und zugleich wurde Vorsorge getroffen für schwierigere Wirtschaftszeiten. Allein in den vergangenen vier Jahren sind 20.000 neue Arbeitsplätze mit Landeshilfe geschaffen worden. 60 neue Betriebe wurden in Hessen angesiedelt. Und was für den einzelnen besonders wichtig ist, viele Arbeitsplätze wurden sicherer gemacht. Die Landesregierung ermöglichte der Wirtschaft für neue Arbeitsplätze, Modernisierung der Arbeitswelt, Umstrukturierung und Erweiterung Gesamtinvestitionen in Höhe von 1,54 Milliarden DM. Damit hat die hessische Landesregierung Vorsorge getroffen, daß Hessens Bürger in abschwächenden Konjunkturphasen weniger hart getroffen werden als andere.

Verkehr: Die Verkehrsverhältnisse im Lande sind erheblich verbessert worden. Die Landesregierung hat eine verkehrspolitische Konzeption verwirklicht, die die Verbindung zwischen den Menschen in unserem Lande schneller und sicherer macht. Unter anderem wurde der Verkehrsverbund im Rhein-Main-Gebiet, der Aus- und Neubau von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen mit 4,6 Milliarden DM, davon zwei Milliarden DM Landesmittel, bewirkt. So entstanden 850 km Landesstraßen, 77 neue Brücken, und 585 Millionen DM wurden für kommunalen Straßenbau bereitgestellt.

Krankenversorgung: Hessen hat als erstes Bundesland durch ein Gesetz die Krankenhausreform in Gang gebracht. In Hessen erhalten zum erstenmal die Patienten damit einen gesetzlichen Anspruch auf Aufnahme, Versorgung und Behandlung im Krankenhaus ohne Rücksicht auf ihre soziale Stellung oder ihr Einkommen. Jedem kranken Bürger soll im Krankenhaus ohne Unterschied die bestmögliche pflegerische und ärztliche Versorgung zuteil werden. In Hessen entstanden deshalb die "Hessenkliniken". Inzwischen gibt es schon 24 Hessenkliniken mit einem Angebot von rund 8.000 Betten.

Wohnungsbau: Das Land hat in dieser Legislaturperiode rund 605 Millionen DM bereitgestellt, um neu entstandene Wohnungen zu fördern. 36.000 neue Sozial-

wohnungen entstanden. Damit konnte der Wohnungsbedarf verringert werden. Denn noch immer gibt es für eine Vielzahl von Bürgern keine andere Möglichkeit, eine ihrem Einkommen angemessene Wohnung zu mieten als im sozialen Wohnungsbau.

Kindergärten: In Hessen sind in den vergangenen vier Jahren mit Hilfe des Landes 43.485 neue Kindergärtenplätze entstanden. Damit werden jetzt insgesamt 140.000 Plätze angeboten, so daß nahezu zwei Drittel aller hessischen Kinder im entsprechenden Alter im Kindergarten betreut werden können. Wir tragen damit den Erfordernissen der Chancengleichheit Rechnung, die schon im vorschulpflichtigen Alter beginnen sollte.

Ältere Mitbürger: Mit über 100 Millionen DM Landesmittel konnten rund 5.000 neue Altenheimplätze geschaffen werden. Und damit hat die Landesregierung maßgeblich dazu beigetragen, daß noch mehr ältere Bürger ihren Lebensabend in einem Heim verbringen können. Daß wir die Probleme der älteren Bürger nicht allein dadurch bewältigen, daß diese Mitbürger untergebracht werden, haben wir durch die Errichtung von 60 Altenberatungsstellen in allen Landesteilen bewiesen. Hier werden die älteren Mitbürger betreut und erhalten fachkundigen Rat für ihre spezifischen Probleme.

Freizeiteinrichtungen: Allein in dieser Legislaturperiode entstanden in Hessen: 250 Bürger- und Gemeinschaftshäuser, 51 neue Hallen-Freibäder, 190 Turn-, Sport- und Gymnastikhallen und 197 neue Sportplätze. Damit wird in verstärktem Maße dem Bedürfnis der Bürger nach Ausgleich zum Berufsleben, nach sportlicher Betätigung und Gesunderhaltung Rechnung getragen. All dies zeigt: "Hessen vorn" ist kein leeres Schlagwort. Es ist vielmehr ein durch Zahlen und Fakten beweisbares Ergebnis einer konsequenten und fortschrittlichen sozialdemokratischen Politik in unserem Lande.

In Hessen wird am meisten je Einwohner produziert. Hessen hat die zweitstärkste Wohnungsdichte. Die hessischen Bürger haben die höchsten Spareinlagen. Nur in einem Land verdienen die Arbeitnehmer durchschnittlich mehr als in Hessen. In Hessen gibt es die geringsten Arbeitslosenquoten und die höchste Zahl an offenen Stellen. Hessen hat neben Baden-Württemberg die höchsten Ausgaben im Kultusbereich. Die Abiturientenquote und die Zahl der Studierenden an den Hochschulen sind in keinem Land größer als in Hessen. Die hessischen Ausgaben für das Sozialwesen liegen an der Spitze. Hessens Gesundheitswesen hat ebenfalls eine Spitzenstellung. Die Ausgaben für die öffentliche Sicherheit sowie für den Rechtsschutz werden von keinem anderen Bundesland übertroffen. Die Träger öffentlicher Investitionen, Land und Gemeinden, leisten in Hessen mehr als in allen übrigen Bundesländern. Das Steueraufkommen in Hessen ist am höchsten.

Wie gesagt: "Hessen vorn" ist eine schwarz auf weiß zu belegende Tatsache. Daran wird auch die CDU-Opposition nichts ändern können, der es bis heute nicht gelungen ist, eine brauchbare Alternative zu entwickeln. Sie versucht es deshalb mit der Angst. Sie stellt dem Bemühen nach mehr Lebensqualität das Gespenst der Lebensangst entgegen. Gerade im Finanz- und Haushaltsbereich hat sich die CDU als schlechter Angstmacher und Schwarzseher erwiesen. Wenn der CDU-Landesvorsitzende Dr. Dregger vor noch nicht langer

Zeit davon sprach, "Hessen nehme einen Spitzenplatz im Schuldenmachen ein", oder "der Staatsbankrott stehe mittelbar bevor", dann hat er sich als falscher Prophet erwiesen. Die hessischen Finanzen sind in Ordnung. Oberstes Ziel der hessischen Finanzpolitik war es, durch "Augenmaß" und eine solide Ausgabege- staltung den Spielraum für eine kontinuierliche Steigerung der öffentlichen Investitionen und die Verbesserung der öffentlichen Dienstleistung zu schaf- fen. Wichtige Instrumente waren und sind dabei vorausschauende Planungen und Bedarfsberechnungen, wie sie sich im Landesentwicklungsplan, in der mittel- fristigen Finanzplanung und im Personalentwicklungsplan niederschlagen.

Mit ihrer Finanzpolitik hat die Landesregierung erreicht, daß die mit der Finanzreform verbundenen Einnahmeverluste von rund 1,5 Milliarden DM Über- wunden wurden. Mit ihrer Politik der sparsamen Haushaltsführung hat es die Landesregierung geschafft, den Landeshauhaushalt des Jahres 1973 nach Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen und ohne Fehlbeträge abzuschließen. Mit dem Landes- etat 1974 wurde die Grundlage für einen nach Soll und Haben ausgewogenen Haus- haltsplan und gleichzeitig die Voraussetzung für die Finanzierung der in der Regierungserklärung abgesteckten landespolitischen Ziele geschaffen. Mit den begrenzten Zuwachsraten im Landeshauhaushalt, die sich im Wachstum des Brutto- Inlandprodukts orientieren, leistet Hessen einen wichtigen Beitrag zur wirt- schaftlichen Stabilität. Mit der Aufstockung des kommunalen Finanzausgleichs, der 1974 die Rekord-Marke von zwei Milliarden DM erreicht hat, ist das Land Hessen seiner langjährigen und bewährten gemeindefreundlichen Finanzpolitik treu geblieben. Damit wird den gestiegenen finanziellen Belastungen der Ge- meinden, Städte und Landkreise Rechnung getragen. Mit der Vorlage eines Per- sonalentwicklungsplans hat Hessen als erstes Land den pragmatischen Versuch unternommen, die besorgniserregende Personallawine in den Griff zu nehmen. Während die Personalaufstockungen in der Zeit von 1961 bis 1974 rund 4.800 Stellen betragen, werden sie jetzt um fast zwei Drittel auf 1.600 Stellen zu- rückgeschraubt. Mit den bis zum Jahre 1985 reichenden Zielvorstellungen wird die Personalausweitung in Hessen soweit in Grenzen gehalten, daß in den nächsten Jahren für Investitionsvorhaben und Reformprogramme etwa 20 vH. des Gesamthaushalts verbleiben.

Mit Fug und Recht kann gesagt werden: wir haben mit einer soliden Finanz- wirtschaft den Grundstein für eine solide Reformpolitik gelegt, wie sie in der Leistungsbilanz der Landesregierung ihren Niederschlag findet. Es mag sein, daß das, was wir in mühsamer Kleinarbeit Schritt für Schritt geleistet haben, unter dem Eindruck weit gespannter Perspektiven zu gering erscheint. Es mag sein, daß für manchen jugendlichen Theoretiker, der in seiner Studier- stube großen und umwälzenden Ideen nachhängt, das alles nichtig und belanglos ist. Eines lassen wir uns nicht streitig machen, daß wir nämlich mit unserer Politik die Interessen der arbeitenden Menschen und der breiten Masse der Be- völkerung wahrnehmen.

Nun will ich keineswegs behaupten, daß bei uns alle Probleme schon ge- löst seien. Technische Veränderungen und der gesellschaftliche Wandel bringen immer neue Probleme, die nach Bewältigung rufen. Und die Probleme von morgen sind weiß Gott nicht kleiner als die von gestern und heute. Es wäre auch ver- messen zu sagen, daß wir nicht in dieser oder jener Sache dazu gelernt hätten. Aber alles in allem kann man doch sagen: daß wir das unter den gegebenen Um- ständen bestmögliche für die Bürger unseres Landes getan haben.

Wir wollen auch in Zukunft durch weitere Leistungen dazu beitragen, daß die Spitzenpositionen Hessens ausgebaut, die Lebensqualität in unserem Land verbessert und der gesellschaftliche Fortschritt vorangebracht werden. Das wollen wir: daß jeder Einwohner in Hessen mit einiger Sicherheit in die Zu- kunft blicken kann!

(-/ 2.7.1974/ks/pr)

+ + +

Nach immer Angst vor Reformen

Anmerkungen zum 77. Deutschen Ärztetag in Berlin

Von Detlef Dietz

Referent des Bundesvorstandes der
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Ärzte

Es scheint leider schon an der Tagesordnung zu sein, daß die Erwartungen auf Reformvorstellungen der Deutschen Ärzteschaft, die jedes Jahr vor dem Ärztetag gehegt und von manchen gepflegt werden, regelmäßig enttäuscht werden. In diesem Jahr war dies nicht anders. Zwar bot die diesmalige Ärztetags-Vorlage, die überarbeiteten "gesundheits- und sozialpolitischen Vorstellungen der Deutschen Ärzteschaft", wie schon im letzten Jahr einige interessante Ansatzpunkte; die Ergebnisse der Diskussion dieser Vorstellungen waren jedoch schlichtweg kümmerlich.

Sozialdemokraten haben immer wieder betont, daß die erforderlichen Reformen in unserem Gesundheitswesen in Zusammenarbeit mit den Ärzten durchgeführt werden sollen. Noch zu diesem Ärztetag hatte der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner die Ärzte in einem Grußwort zur offenen, vorurteilsfreien Diskussion angeregt. Das Echo allerdings war gering.

In der Bundesrepublik haben wir im Verhältnis zu anderen vergleichbaren Staaten ein in seinen Grundzügen vernünftiges Gesundheitssystem. Aber es muß ausgebaut, Mängel und Probleme müssen beseitigt werden. Ist es etwa nicht so, daß die gleichmäßige regionale und strukturelle Verteilung der Ärzte deutliche Mängel aufzeigt und schwierige Probleme aufwirft? Stehen nicht die Krankenkassen vor schwer zu bewältigenden finanziellen Belastungen und dies angesichts hoher Beitragssätze für die Versicherten? Bestehen nicht in verschiedenen Bereichen der medizinischen Versorgung, etwa der Psychiatrie, deutliche Mängel? Erweist sich nicht die starre Trennung zwischen ambulanter und stationärer Behandlung und Versorgung in verschiedenen Bereichen als schwerwiegendes Hindernis?

Die Reihe der Fragen ließe sich beliebig fortsetzen. Trotz alledem sagte der Ärztetag zu diesen die Ärzte doch wesentlich berührenden Fragen kaum etwas oder gar nichts. Beschwörungsformeln vom Bewahren unseres Gesundheitssystems nützen überhaupt nichts, wenn nicht in den Mangel- und Problembereichen Lösungen angeboten oder miterarbeitet werden, die dieses Gesundheitssystem auch weiterhin bewahrenswert machen.

Es zeugt doch wohl nicht von Kooperationsbereitschaft, wenn man sich jeder Veränderung entgegenstellt und jeden Veränderungsvorschlag ablehnt. Wenn Reformscheu weiter Trumpf bleibt, und die Zeichen der Zeit nicht erkannt werden, darf sich die sogenannte "Ärztliche Standesführung" nicht wundern, wenn Kräfte die Oberhand gewinnen, die ein staatliches Gesundheitswesen wollen. Sozialdemokraten haben dies stets abgelehnt, ihre Zusammenarbeit angeboten und auf die Mitarbeit der ärztlichen Körperschaften und Verbände vertraut. Dieses Angebot gilt, die Chancen zur Mitarbeit sind noch nicht verschüttet. Man sollte sie nützen. (-/2.7.1974/bgy/pr)

Mehr Chancen für Zeitsoldaten

Unteroffizierlaufbahnen sollen attraktiver werden

Die Unteroffizierlaufbahnen des Heeres sollen attraktiver und übersichtlicher werden. Die Führung des Heeres hat der Truppe einen "Ausbildungs- und Verwendungskatalog des Heeres" übergeben. Dieser Katalog soll die Laufbahnen transparenter machen und Zeitsoldaten vor ihrem Eintritt oder bei ihrer Verpflichtung auf eine längere Dienstzeit die Möglichkeit geben, sich über ihre Chancen und die auf diesem Wege zu erreichenden Ziele zu informieren.

Die Ausbildung der Zeit- und Berufssoldaten des Heeres erfolgt in Zukunft im Rahmen von 119 vertikalen Ausbildungsreihen, für die sich der angehende Zeitsoldat nach der Art seiner Vorbildung oder seinen Interessen entscheiden kann, wenn der Bedarf jeweils entsprechend ist. Im Zivilberuf gewonnene Kenntnisse und Erfahrungen soll der Soldat in dem neuen Ausbildungssystem nutzen können. Da es jedoch zahlreiche Zeitsoldaten gibt, die beim Eintritt in die Bundeswehr weder einen der Gesellen- oder Gehilfenprüfung gleichwertigen beruflichen Abschluß haben, noch einen Schulabschluß vorweisen können, soll ihnen die Möglichkeit geboten werden, Schul- oder Berufsabschluß innerhalb der ersten zwei Jahre der Dienstzeit nachzuholen. Allerdings wird dabei eine Mindestverpflichtung auf vier Jahre vorausgesetzt.

Zeitsoldaten mit einer Verpflichtungszeit von acht Jahren werden nicht nur zum Feldwebel ausgebildet, sondern erhalten eine fachliche Weiterbildung, die mit einer Qualifikation auf der Meisterebene abschließt. Dieser Abschluß wird auch im zivilen Bereich anerkannt. Bei längeren Verpflichtungen, d.h. auf zwölf bis 15 Jahre, können die Zeitsoldaten bei Bedarf zur Ausbildung an Fachschulen zugelassen werden, wo es auch möglich ist, die Fachhochschulreife zu erwerben. Offiziere des militärfachlichen Dienstes, die sogenannten "Fachoffiziere", werden von jetzt ab vor der Offizierprüfung eine Fachschule besuchen und dort zum staatlich geprüften Techniker, Betriebswirt oder einem anderen vergleichbaren Abschluß gefördert werden.

Der Ausbildungs- und Verwendungskatalog des Heeres führt 93 Eingangsberufe auf, die Zeitsoldaten im Heer im Rahmen ihrer Ausbildungsreihe nutzen können. Für Soldaten aus anderen Berufen werden zahlreiche Umschulungsmöglichkeiten angeboten. Noch in diesem Jahr werden in Modell-Lehrgängen rund 2.300 Zeitsoldaten umgeschult werden oder ihre fachliche Fortbildung erhalten. Im Zusammenhang mit dem neuen System der Aus- und Weiterbildung will das Heer die Zahl seiner Fachschulen von bisher vier auf acht verdoppeln. Während die bisher bestehenden Fachschulen Fachrichtungen der Technik und der Wirtschaft dienen, sollen drei der neuen Heeresfachschulen für Wirtschaft und Sozialpädagogik und die vierte für Technik und Wirtschaft bestimmt sein.

Wolfgang Fechner
(-/2.7.1974/ks/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller